

Der Dissident

Sigmar Faust – Im Visier des sozialistischen Establishments

„Doch die Verpflegung mit Brot und Wassersuppe, die trifft nur auf die 63 Tage strengen Arrests zu...“, so relativiert Sigmar Faust in seinem autobiographischen Roman *Der Provokateur* seine über 400 Tage dauernde Isolationshaft in der dunklen, feuchten und kalten Kellerzelle des Staatssicherheitsdienstes. Zweimal, 1971/72 und 1974-1976, saß Sigmar Faust in DDR-Haft. Von seinem aufgenommenen Studium der Geschichte und Kunsterziehung wird er 1966 exmatrikuliert, weil er eine Vorlesung mit unzensurierter Lyrik organisiert. Nach erfolgter Bewährung in der Produktion wird ihm nochmals ein Studium gestattet. Am Literaturinstitut Leipzig fällt er im Frühjahr 1968 der republikweiten Säuberungsaktion zum Opfer, mit der die SED durch Einschüchterung und Repression ein Übergreifen des Prager Frühlings auf die DDR verhindert. Er arbeitet als Hilfsarbeiter, bis seine Versuche, in der Bundesrepublik zu veröffentlichen, aufgedeckt werden. Es folgt die erste Inhaftierung. Nach seiner Freilassung arbeitet er als Transportarbeiter. Er wird erneut inhaftiert, als er unter Verweis auf die Mitgliedschaft der DDR in den Vereinten Nationen eine Petition „Gegen die Verweigerung der Menschenrechte“ initiiert.

Das Erleben der Freiheit

1976 wird Sigmar Faust von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft. In der DDR waren die Fronten klar. Der Sozialismus duldet keine abweichenden Meinungen. Wer aufbegehrt, wird entlassen, systematisch zersetzt, inhaftiert, im Ausnahmefall auch ermordet. Im Westen angekommen folgt die große Ernüchterung:

„Daß ich in der Mensa auf der Hardenbergstraße neben Marx-, Engels- und Lenin- auch riesige Stalin-Poster sah und verzweifelt davonlief, interessierte keinen. Der Verleger Axel Springer war der Oberteufel, ansonsten sollte ich mich von Gerhard Löwenthal, Matthias Walden, der Bundeswehr, der CDU, ganz besonders der CSU, von Landsmannschaften und Burschenschaften, dem Mauermuseum, der Gesellschaft für Menschenrechte und überhaupt von allen Antikommunisten, Amerikanern und konservativen Fortschrittsfeinden fernhalten, gaben mir diejenigen zu verstehen, die mir weiterhelfen, besser noch: mich retten wollten.“

Noch desillusionierender für ihn ist das Verhalten führender Repräsentanten der Bundesrepublik, etwa des Ständigen Vertreters in der DDR:

„Leute wie Günter Gaus wollten mir verbieten, öffentlich über meine Erfahrungen im Gefängnis zu reden. Die sagten von oben herab: Selbst wenn das stimmen sollte, würde ich mehr Schaden anrichten, wenn das an die große Glocke käme.“

Aber Siegmар Faust sieht seine Aufgabe darin, den „Gedemütigten, Enteigneten, in die Flucht getriebenen, Eingesperreten, Gefolterten, Hingerichteten, an den Grenzen ‚Abgeknallten‘, um ihre Berufschancen Betrogenen, physisch Zerstörten“ Aufmerksamkeit zu verschaffen. Dabei kollidiert er mit der bundesrepublikanischen Staatsräson des Wandels durch Annäherung, etwa dem gemeinsamen SPD-SED-Papier vom August 1987, in dem man sich gegenseitig bestätigt: „Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.“ Von den Grünen über die SPD bis zu Heiner Geißler in der CDU fordert man die volle Anerkennung der DDR. Walter Momper, sozialdemokratischer Regierender Bürgermeister von (West-)Berlin, läßt im Frühjahr 1989, ein halbes Jahr vor dem Sturz des SED-Regimes, die Eröffnungsformel des

Abgeordnetenhauses „Ich bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.“ abschaffen. Das anbietende Schreiben von Gerhard Schröder an seinen „lieben Freund Egon Krenz“, in dem er diesem zur Volkskammerwahl gratuliert, offenbart, welches System sich dem anderen annähert. Kaum vorstellbar, daß ein Kurt Schumacher nach einer „Wahl“ zur Volkskammer Walter Ulbricht gratuliert oder Willi Brandt die Eröffnungsformel des Berliner Abgeordnetenhauses abgeschafft hätte.

Der lange Arm der Staatssicherheit

Auf den Sturz des Sozialismus in der DDR und das Streben der Menschen nach deutscher Einheit reagiert die bundesdeutsche Linke verstört und mit Ablehnung. So fordert die Grüne Antje Vollmer im Deutschen Bundestag: „Hände weg vom Selbstbestimmungsrecht der DDR“. Derweil fordern die DDR-Bürger Einsicht in die Dokumente ihrer Überwachung und Denunziation. Den Menschen ist bewußt, daß die Herrschaft der SED nur durch Einschüchterung der Bevölkerung vier Jahrzehnte lang gesichert werden konnte. Über 900 an der Grenze Ermordete, über 250 000 politische Gefangene, vier Millionen Geflohene und Ausgereiste, tausende Enteignete und Zwangsausgesiedelte waren der Preis für den Sieg des Sozialismus. Zur Aufarbeitung dieser Verbrechen und der Offenlegung der Führung des Staatssicherheitsdienstes durch die SED wurden nach der sogenannten Gauck-Behörde auf Bundesebene Anfang der neunziger Jahre auf Länderebene die „Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR“ eingerichtet. Den Verantwortlichen, in der Regel DDR-Bürgerrechtlern, war zu jener Zeit noch nicht das Ausmaß bewußt, in dem der DDR-Staatssicherheitsdienst Einblick in die bundesdeutsche Politik gewonnen und sogar Einfluß genommen hat. Insbesondere das Ausmaß der Unterwanderung der Friedensbewegung durch die Mannen des Generaloberst Markus Wolf und die Unterstützung der

Denunziations- und Zersetzungsspezialisten des MfS für Kanzlerkandidaten der SPD waren noch nicht erkannt. Hinzu kommt die Angst in allen etablierten Parteien vor Aufdeckung des flächendeckenden Korruptionssumpfes und Parteispendenunwesens. Eine Verweigerung der Öffnung der Akten war aber noch nicht durchsetzbar. Dem CDU-Politiker Johannes Gerster gelang es, im § 32 Absatz 1 Nr. 3 des Stasiunterlagengesetzes festschreiben zu lassen, daß die Herausgabe von Akten über Personen der Zeitgeschichte nur dann zulässig sei, wenn diese offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS gewesen waren. Damit hat man sowohl bundesdeutsche, als auch DDR-Spitzenpolitiker geschützt.

Als Mitarbeiter des Berliner Landesbeauftragten

Siegmar Faust wird Mitarbeiter beim Berliner Landesbeauftragten. Damit begibt er sich ins Visier jener, für die die Verbrechen des Sozialismus nur eine Abweichung auf dem Weg zum humanistischen Ideal des freien Menschen sind, die aber jeden Mangel des bürgerlichen Staates als Beweis der Unmenschlichkeit des Systems geißeln. Von den Mittägern, Mitwissern und Beschönigern des Sozialismus erfährt Siegmar Faust entschiedene Ablehnung, da er nicht angebliche Fehler des Sozialismus kritisiert, sondern den Sozialismus selbst als Fehler benennt. Er initiiert eine Dokumentarfilmreihe über die Fortführung des national-sozialistischen Konzentrationslagers Buchenwald unter den international-sozialistischen Machthabern nach 1945. Er gehört zu den Mitbegründern des Dokumentationszentrums zur Aufklärung der SED-Verbrechen. Für Schulklassen organisiert er die „Rotschock-Tours“, Veranstaltungen bei denen er gemeinsam mit ehemaligen Angehörigen des DDR-Sicherheitsapparates auftritt. Faust zeigt auf, daß Terror keine Verfehlung eines an sich menschlichen Sozialismus ist, sondern die notwendige Voraussetzung des Machterhalts jedes sozialistischen Systems bildet. Diejenigen, die noch immer den Sozialismus als erstrebenswertes Ziel in ihren Programmen führen, sind daher bemüht, Menschen wie Siegmar Faust in ihrer Reputation zu schädigen, aus ihren Ämtern zu

entfernen und am besten die Institutionen selbst von allen Fördermitteln abzuschneiden, so auch die 1990 gegründete „Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus“. In ihr werden mit öffentlichen Mitteln Bücher archiviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die in der DDR verboten waren. Sie geriet „in die Schlagzeilen der linken Kampfpresse“ (*Berliner Zeitung*, 28. August 1995), nachdem eine alte Dame, die zum Ende des Krieges als KZ-Aufseherin dienstverpflichtet wurde, auch nach Fürsprache von Mitgliedern des Vorstands der Gedenkbibliothek, darunter von Siegmara Faust, eine Entschädigung als Opfer des Stalinismus erhalten hatte. Weder die Unterstützung von Bundesjustizminister Kinkel, noch die Tatsache, daß dieser Frau in einem siebzehnteiligen Gutachten weder schuldhaftes, noch gar verbrecherisches Verhalten nachgewiesen werden konnte, fand öffentliche Beachtung. Der Gedenkbibliothek wurde der Vorwurf der Unterstützung einer Naziverbrecherin gemacht. Dem Berliner Abgeordnetenhaus war das willkommener Anlaß, der Gedenkbibliothek die Mittel zu streichen. Eine gnadenlose Hetze des linken Establishments mobilisiert das gewaltbereite Fußvolk der Antifa. Siegmara Fausts Auto wird Opfer eines Brandanschlags. Es folgt sein erzwungener Rücktritt als Referent des Berliner Landesbeauftragten. Das unterschiedliche Maß an Unterstützung für die der historischen Wahrheit verpflichteten Gedenkbibliothek und die mit Mitteln der Geschichtsfälschung arbeitende Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht – 1941-1944“ sagt weit mehr über den Charakter dieser Gesellschaft aus, als wohlfeile Sonntagsreden bundesdeutscher Politprominenz. Auch das Schönsanieren von SED-Unrechtsorten ist ein beliebtes Instrument im Sinne sozialistischer Geschichtsklitterung geworden. Sowohl die Häftlinge von Bautzen als auch die Insassen des im KZ Sachsenhausen fortgeführten sowjetischen Speziallagers, die bei der Neugestaltung der Gedenkstätte bewußt ausgegrenzt wurden und deren Vertreter bei der Grundsteinlegung der Gedenkstätte nicht einmal Rederecht erhielten, wissen davon ein Lied zu singen. Dafür erhält die PDS-nahe Parteistiftung „Rosa Luxemburg“ rund fünfmal so viele öffentliche Mittel, wie der Dachverband „Union der Opferverbände kommunistischer Gewalt Herrschaft“ (UOKG), der zwei Millionen Mitglieder vertritt.

Als Landesbeauftragter in Sachsen

Gegen den enormen Widerstand von Autonomen, der PDS und der SPD wird Siegmар Faust im Mai 1996 von der sächsischen CDU zum sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berufen. Schon im Frühjahr 1998 beginnt die erste Kampagne gegen den Landesbeauftragten. Entsprechend seines Auftrages hält Siegmар Faust Vorträge über die Praktiken des Staatssicherheitsdienstes der DDR, so auch im März 1997 im Rahmen einer Schulungswoche des VPM (Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis) in Zürich. Inhaltlich ist seinen Aussagen nicht beizukommen. Aber inhaltliche Auseinandersetzung ist auch nicht die Sache jener Kreise. Es geht um die Ausgrenzung aus dem Kreis der selbstdefinierten „demokratischen Öffentlichkeit“. Man stilisiert die Selbstverständlichkeit eines solchen Vortrages zur Affäre. Das sächsische Justizministerium bestätigt auf Anfrage der SPD, Faust unterhalte „seit einigen Jahren private Kontakte zu Personen in Berlin und Zürich, die dem VPM angehören oder ihm nahestehen“. Der SPD-Abgeordnete Joachim Richter ganz im Duktus der sozialistisch geprägten moralischen Instanz: „Siegmар Faust ist für das sensible Amt nicht länger tragbar“ (*Berliner Zeitung*, 16.03.1998), schließlich habe eine Bund-Länder-Kommission 1993 den VPM in einem unveröffentlichten (!) Bericht der Kategorie „Sekten und Psychogruppen“ zugeordnet. Der Abwahantrag scheidet, die CDU hält Siegmар Faust im Amt. Doch die Möglichkeiten der SPD sind weit größer, als deren kaum vorhandene Verankerung in der sächsischen Bevölkerung. Mit ihren rund 5.000 Mitgliedern in Sachsen erreicht sie nicht einmal ein Drittel der Mitgliederzahl der CDU und kaum ein Viertel der Mitgliederzahl der PDS. Zur Landtagswahl 1999 erzielt die SPD ganze 10,7 Prozent. Die PDS erringt mehr als das Doppelte, die CDU mehr als das Fünffache an Wählerstimmen. Noch 2002 bleibt die Landtagsfraktion der sächsischen SPD geschlossen der Feierstunde des Landtages zum Tag der Deutschen Einheit fern! Aber die SPD verfügt in Sachsen über eine ungeheure Kampagnefähigkeit. Während im deutschen

Durchschnitt nur rund 10 Prozent der Tageszeitungen einem SPD-Einfluß unterliegen (in Niedersachsen über 40 Prozent), sind es in Sachsen 55 Prozent! Speziell die *Sächsische Zeitung* mit ihrer täglichen Auflage von fast 400 000 Exemplaren sollte Siegmund Faust zum Verhängnis werden. Das ehemalige SED-Parteiorgan des Bezirks Dresden befindet sich, bei bis dahin weitgehend gewährter personeller Kontinuität der Redaktion, im Eigentum der Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG. Mit 40 Prozent ist die SPD dort ein nicht gerade einflußloser Gesellschafter.

Die Sozialisten im Aufwind

Zwischenzeitlich sitzen maßgebliche Funktionsträger der DDR als Abgeordnete in den Parlamenten, als Führungskräfte in den Verwaltungen und bilden erfolgreich Seilschaften in den Arbeitsämtern. Als Vorstände der aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gebildeten Agrargenossenschaften bestimmen sie über Job und Arbeitslosigkeit auf dem Land. Im September 1998 gewinnen SPD und Grüne die Bundestagswahl. Zeitgleich wird Helmut Holter (PDS) stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern. Holter war nicht nur Mitglied der SED-Bezirksleitung, sondern auch Absolvent der Parteihochschule der KPdSU in Moskau. Erich Mielke, von 1957 bis zum Untergang der DDR Minister für Staatssicherheit, wurde, wie die deutsche Justiz feststellt, zu Unrecht in Haft genommen. Für seine unrechtmäßige Inhaftierung erhält er die ihm zustehende Haftentschädigung, seine Anwaltskosten erstattet ihm der Steuerzahler. Das linksliberale Establishment klagt dessenungeachtet über Praktiken einer Siegerjustiz. Dabei mußten ganze 22 Personen im Rahmen der Ahndung der staatssozialistischen Kriminalität der DDR Haftstrafen antreten. Ulrich Schacht, Schriftstellerkollege Fausts und als ehemaliger politischer Häftling der DDR bekannt für die Klarheit seiner Worte, stellte hierzu lapidar fest, es werde eine „genuin rechtsstaatsfeindliche deutsche Justiztradition fortgeführt“. Noch bekannter

ist die bittere Feststellung der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, man habe Gerechtigkeit erhofft, aber den Rechtsstaat bekommen. Der Immunitätsausschuß des Bundestages stellt 1998 fest, daß Gregor Gysi als Anwalt Interna über seine Mandanten an die Staatssicherheit weitergegeben hat. Trotzdem bleibt er Liebling aller Polit-Talkrunden und Sinnbild einer aufgeklärten und modernen PDS. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entscheidet sich die SPD für die PDS als Koalitions- beziehungsweise Tolerierungspartner. Der sachsen-anhaltinische Landtag beruft die als Staatssicherheitszuträgerin und Denunziantin tätige PDS-Abgeordnete Gudrun Tiedge zur Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verfassung.

Die Sex- "Affäre"

Die erfolgreiche Informationsarbeit des rührigen sächsischen Landesbeauftragten stört solche Annäherung von SPD und PDS. Da wird Anfang 1999 aus der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten lanciert, Siegmар Faust habe auf seinen Dienstcomputer Sex-Seiten aus dem Internet heruntergeladen. Siegmар Faust tat dies, obwohl er wußte, daß das gesamte linke Lager nur auf eine Chance wartet, das Amt des Landesbeauftragten zu beschädigen. Insofern war sein Verhalten leichtfertig und unüberlegt, aber keinesfalls strafbar. Der *Sächsischen Zeitung* reicht das nicht. Sie erscheint mit der Schlagzeile, es bestehe der Verdacht, Faust habe kinderpornographische Internetseiten heruntergeladen. Da bei einem solchen Vorwurf die Staatsanwaltschaft tätig werden muß, kann die Presse nun berichten, daß gegen den Sächsischen Landesbeauftragten wegen des Verdachts kinderpornographischer Aufnahmen auf seinem Dienstcomputer ermittelt wird. Die sächsische CDU, insbesondere Justizminister Steffen Heitmann, selbst Opfer einer linken Kampagne und bereits politisch angeschlagen, gelingt es nicht, Siegmар Faust bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe im Amt zu halten. Die Analyse der Festplatte durch das Landeskriminalamt entkräftet den Vorwurf der Kinderpornographie. Es bleibt die Tatsache des Herunterladens von Sexseiten aus

dem Internet auf den Dienstcomputer. Ein läppischer Vorgang – insbesondere verglichen mit dem Verhalten linker Galionsfiguren. So sind die Sexpraktiken des Grünen Daniel Cohn-Bendit in einem alternativen Kindergarten durch dessen Autobiographie *Der große Basar*, Trikont Verlag, München 1976, bekannt:

„Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen. Es ist kaum zu glauben. Meist war ich ziemlich entwaffnet...Es ist mir mehrmals passiert, daß einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln...wenn sie darauf bestanden haben, habe ich sie (...) gestreichelt...“

Das hielt den SPD-Oberbürgermeister von Frankfurt/Main, Volker Hauff, nicht ab, Cohn-Bendit zum Dezernenten für multikulturelle Angelegenheiten zu berufen. Später wurde er für die Grünen ins Europaparlament entsandt.

Das Amt des Landesbeauftragten wird demontiert

Die Entlassung von Siegmар Faust war aber nur ein Teilziel von SPD und PDS. Schon vor der entscheidenden Abstimmung zur Wahl des neuen Landesbeauftragten höhnte der Parlamentarische Geschäftsführer der PDS-Landtagsfraktion, Dr. Andre Hahn in einer Presseerklärung vom 12. April 2000:

„Bei Fausts Wahl vor fast genau vier Jahren hatte die PDS ein baldiges Scheitern prophezeit. (...) Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Staatsregierung mit Frau Barbe eine neuerliche Personalpleite erleben wird.“

Er sollte Recht behalten. Die als Nachfolgerin vorgesehene ehemalige Bürgerrechtlerin Angelika Barbe erhält im April des Jahres 2000 im Landtag nicht die erforderliche Mehrheit. Es werden Vermutungen über Absprachen zwischen ehemaligen

Funktionsträgern der DDR-CDU mit alten SED-Kadern laut. Der zweite Kandidat, Siegfried Reiprich, findet ebenfalls bei der Linken keine Zustimmung, weil er wegen der Stasivergangenheit des brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe aus der SPD ausgetreten war. Immerhin darf Stolpe, seit einem Prozeß Bärbel Bohleys gegen ihn, als einer, der „wie wir alle wissen, lange Jahre für die Staatssicherheit gearbeitet hat“, charakterisiert werden. Die Arbeit des Landesbeauftragten kommt praktisch zum Erliegen. Kommissarischer Amtsinhaber wird der bisherige Mitarbeiter des Landesbeauftragten Kay-Michael Schulz. Als er im Sommer 2000 aus dem Amt scheidet, erhält er einen Werkvertrag der PDS. Die Kompetenzen des Amtes werden erheblich eingeschränkt, die Zahl der Mitarbeiter von neun auf drei reduziert. Im Herbst 2000 ist die sächsische CDU bereit, wie von der PDS gefordert, „mit der Opposition über die Nachfolgefragen zu reden.“ Man stelle sich vor, nach 1945 wäre eine Nachfolgepartei der NSDAP in die Entnazifizierung einbezogen worden!

Deutschland driftet

Im Mai 2001 beschließt die Bundesregierung für die Angehörigen der DDR-Elite, einschließlich der Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit, deutlich höhere Rentenzahlungen. Den Gesetzentwurf der CDU/CSU, Opfern des SED-Regimes eine monatliche Ehrenpension von 1 000 Mark zu zahlen, lehnt die rot-grüne Mehrheit entschieden ab. Längst hetzen Funktionäre der PDS in der Diktion der SED. So erklärt im Sommer 2001 Sachsens PDS-Fraktionschef Peter Porsch den Mauerbau gar zur friedenssichernden Maßnahme. Er genoß übrigens zur selben Zeit, als Siegmund Faust in den Kellern der Staatssicherheit drangsaliert wurde, alle Privilegien eines österreichischen Paßinhabers in seiner Wahlheimat DDR. Der prominente mitteldeutsche Schauspieler Jaecki Schwarz kommentierte diese Verhöhnung der Maueropfer mit der Bemerkung, es habe schließlich schon einmal ein Österreicher Unheil über Deutschland gebracht. Im Herbst 2002 beschließen SPD und PDS die

Ausgliederung der Öffentlichkeitsarbeit aus der Institution des Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern. Die Linke beansprucht für sich das Definitionsmonopol über die Inhalte des öffentlichen Diskurses. Die eigene Demokratieverständnis wird an die Stelle der „einzigsten Wahrheit“ gesetzt und damit dem totalitären Staat der Weg bereitet. Es braucht daher „Erinnerungsprofis“, die dem kollektiven Gedächtnisschwund und den chronischen Verdrängungssyndromen der Täter entgegenwirken. Dabei handelt es sich nicht um eine rückwärtsgewandte Abrechnung mit einem auf der Müllhalde der Geschichte gelandeten DDR-Sozialismus, sondern um eine in die Zukunft gerichtete Aufklärung über den unmenschlichen Charakter sozialistischer Machtstrukturen. Wenn Deutschland ein erneuter Rückfall in die sozialistische Barbarei erspart bleiben soll, müssen Kampagnen, wie jene gegen Siegmund Faust, als Mittel zur Einschüchterung aller Andersdenkenden und erster Stein im Fundament einer sozialistischen Gesellschaft erkannt werden. Es sind Menschen wie Siegmund Faust, die unsere Freiheit um den Preis ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihres Arbeitsplatzes oder gar auf Kosten ihrer Gesundheit zu bewahren suchen. * R.S. ■